

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/66

Bonn, den 6. April 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	Zügig voran auch in Rheinland-Pfalz	80

Von Oberbürgermeister Jockel Fuchs, Mainz, MdL
Vorsitzender der SPD in Rheinland-Pfalz

3 - 3a	<u>Perspektiven der Entwicklungshilfe-Politik</u>	70
--------	---	----

Parlamentarier aus den Geberländern diskutierten in Bonn

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

4 - 5	<u>Jugoslawien hat es nicht leicht</u>	70
-------	--	----

Versuch einer kurzen Analyse

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

6	<u>Was erwartet die 20-jährigen Mädchen in der CSSR ?</u>	41
---	---	----

Meinungsumfragen sollen Aufschluß geben

Von Igor Valentin, Prag

A C H T U N G ! N E U E A N S C H R I F T !

Wir ziehen um

Ab 17. April 1967 lautet unsere neue Anschrift:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH

532 Bad Godesberg

Kölnerstraße 108-112

- Vorwärtshaus -

Telefon: 76617 / 76618

Telex: NVVD 0885603

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunscheidtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 21901/319 • Redaktion 21831/32 • Telex: 8886890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Zügig voran auch in Rheinland-Pfalz

Von Oberbürgermeister Jockel Fuchs, Mainz, MdL
Vorsitzender der SPD in Rheinland-Pfalz

Seit der Bildung des Landes wird in Rheinland-Pfalz leidenschaftlich um die Frage der Neugestaltung unseres Schulwesens gerungen. Wenn auch heute noch Rheinland-Pfalz mit am Schluß der Bundesländer auf dem Gebiet der Bildungspolitik liegt, so trägt dafür die CDU und ihre Regierung die volle Verantwortung. Durch ihre verharrende und konservative Schul- und Kulturpolitik hat die rheinlandpfälzische CDU über viele Jahre jeden Fortschritt verhindert. Die Leidtragenden sind unsere jungen Menschen, die dadurch in ihren Berufschancen schwer benachteiligt worden sind. Dabei sind die Menschen an Rhein, Mosel, Saar und Nahe genauso fleißig und genauso intelligent wie sonstwo in der Bundesrepublik Deutschland. Nur durch das unablässige Drängen der sozialdemokratischen Landtagsfraktion konnten hier und da Verbesserungen erreicht werden. Wie mühsam dieses Ringen war und ist, ergibt sich schon daraus, daß noch im Frühjahr 1963 die CDU mit ihrem Kultusminister die einklassige Dorfschule geradezu als Idealmodell hingestellt hat!

- * Uns Sozialdemokraten ging und geht es darum, leistungsfähige
- * und gut gegliederte Schulen zu schaffen, wobei auch die Möglichkeiten zum Besuch weiterführender Schulen wesentlich erweitert werden sollen.

Im Herbst 1965 brachte die SPD-Landtagsfraktion einen Gesetzentwurf ein, der eine Modernisierung unserer Volksschulen zum Ziel hatte. Es stellte sich jedoch sehr bald heraus, daß ohne Änderung der Landesverfassung insbesondere die Hauptschule nicht in vernünftiger Weise aus- und aufgebaut werden kann. Dabei kam es uns darauf an, den Schulfrieden zu wahren, das Elternrecht zu erhalten und unseren jungen Menschen bessere Bildungschancen zu geben.

- * Auf dieser Grundlage kam es dann noch im März 1967, also wenige
- * Wochen vor der Landtagswahl, zu einer Änderung der Landesverfassung, der alle drei im Landtag vertretenen Parteien (CDU-SPD-FDP) ihre Zustimmung gaben.

Bemerkenswert dabei ist, daß die Landesregierung sich bei allen schwierigen Auseinandersetzungen völlig passiv verhielt und bei der Abstimmung im Landtag der Ministerpräsident Stimmenthaltung übte. Dieses Verhalten ist kennzeichnend für die Passivität und den geradezu beängstigenden Immobilismus der jetzigen Landesregierung aus CDU und FDP. Keines der anstehenden Probleme konnte sie in den Griff bekommen. Wo es darauf ankam, neue Gedanken und neue Vorstellungen zu entwickeln und sie tatkräftig in konkrete

Maßnahmen umzusetzen, erstarbte die Landesregierung in längst überholten Denkschemen.

* * *

So ist es nicht verwunderlich, daß auch auf dem Gebiet der Verbesserung der Wirtschaftsstruktur des Landes Rheinland-Pfalz wenig geschehen ist, obwohl das Land aufgrund seiner günstigen geographischen Lage zu den deutschen wirtschaftlichen Ballungsräumen und zur EWG recht günstige Chancen hat. Nachdem mehrere Vorstöße der sozialdemokratischen Landtagsfraktion zur Erstellung eines umfassenden Entwicklungsplanes ohne Ergebnis geblieben waren, beschloß die SPD Rheinland-Pfalz im Oktober 1966, die Grundlagen eines Rheinland-Pfalz-Planes selbst zu erarbeiten. Dabei hat uns das hessische Beispiel ohne Zweifel tief beeindruckt. Das Zwischenergebnis der wissenschaftlichen Untersuchungen über die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes liegt nunmehr vor. Es zeigt, daß die regionale Wirtschaftspolitik in den nächsten zehn Jahren zwei wichtige Aufgaben lösen muß:

- * 1. Schaffung neuer Arbeitsplätze,
 - * 2. Modernisierung und Umstrukturierung unserer Landwirtschaft.
- * Bliebe es bei der bisherigen Passivität, wären folgenschwere
* Krisenerscheinungen in den kommenden Jahren unvermeidlich.

* * *

Es ist in den letzten Jahren mehrfach davon gesprochen worden, daß das Land Rheinland-Pfalz wirtschaftlich und finanziell nicht existenzfähig wäre. Die jüngsten Finanzschwierigkeiten zeigen deutlich, daß die Schaffung wirtschaftlich leistungsfähiger Länder eine staatspolitische Aufgabe ersten Ranges geworden ist. Eine solche Neugliederung kann sich jedoch nicht nur auf das Gebiet von Rheinland-Pfalz beschränken. Diese Neugliederung hätte nur einen Sinn, wenn es tatsächlich gelänge, in einem größeren Rahmen die Leistungsfähigkeit zu verbessern. Keinesfalls darf aber die Existenzleistungsschwacher Länder zu einer Benachteiligung der betroffenen Bevölkerung führen. Deshalb sind die Sozialdemokraten in Rheinland-Pfalz der Meinung, daß im Rahmen der bevorstehenden Finanzreform diese Notwendigkeit berücksichtigt werden muß.

Die SPD in Rheinland-Pfalz hat ihre Aufgabe als Opposition stets positiv und konstruktiv aufgefaßt. Sie hat sowohl im Landtag als auch in zahlreichen Städten, Gemeinden und Kreisen unter Beweis gestellt, daß sie in der Lage ist, Verantwortung zu tragen. Unser Ziel ist, am 23. April die Voraussetzungen für eine aufgeschlossene und moderne Politik in Rheinland-Pfalz zu schaffen. Nur dadurch kann eine zügige Modernisierung unseres Bildungswesens und eine moderne Strukturpolitik gewährleistet werden.

+ + +

Perspektiven der Entwicklungshilfe-Politik

Parlamentarier aus den Geberländern diskutierten in Bonn

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

Die auf dem Petersberg bei Bonn in dieser Woche durchgeführte Parlamentarierkonferenz, die sich mit Problemen der Entwicklungshilfe befaßte, war die erste ihrer Art. Neben den EWG-Staaten - mit Ausnahme Luxemburgs - waren unter anderem die USA, Japan, Kanada und Schweden vertreten. Die Konferenz hatte sich zum Ziel gesetzt, die Verantwortung der Parlamente und damit der beteiligten Nationen für die Aufgaben der Entwicklungshilfe zu definieren und Möglichkeiten einer besseren politischen und ökonomischen Koordination zu erörtern.

Schon zu Beginn, anlässlich des Einführungsreferats des US-Senators **H a r r i s** über die Entwicklungshilfe als entscheidende Aufgabe der Politik und der sich anschließenden Diskussion wurde klar: Kein verantwortlicher Politiker zweifelt daran, daß es sich bei der Entwicklungshilfe für Jahrzehnte um einen festen Posten staatlicher Ausgabenpolitik handelt. Aus den Beiträgen zahlreicher Parlamentarier wurde ersichtlich, daß ungeachtet dessen, was in den vergangenen 20 Jahren erreicht wurde, die Aufgaben der Entwicklungspolitik schwieriger und nicht leichter geworden sind. Dabei dominiert unter den innenpolitischen Problemen der Geberländer der Wohlfahrtsanspruch sozial und wirtschaftlich benachteiligter Bevölkerungsgruppen.

Doch sind ungeachtet des permanenten Ringens aller beteiligten Konferenzstaaten um Verständnis unter ihren Mitbürgern für die zwingende Notwendigkeit der Entwicklungshilfe zu ringen, die innenpolitischen Probleme gering, wenn man sie an den politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten mißt, die sich gegenwärtig zwischen Geber- und Empfängerländern aufürmen. Schon seit einigen Jahren müßte die jährliche Investitionsrate in den Entwicklungsländern um drei bis vier Milliarden Dollar höher liegen, um ein kontinuierliches Anwachsen der Produktionszuwachsrate zu gewährleisten. Stattdessen stagniert die Finanzhilfe der Industrienationen, wobei mittlerweile 40 Prozent der jährlichen Leistungen der Geberländer von den Empfängern zur Erfüllung ihrer Zins- und Tilgungsverpflichtungen benutzt werden müssen. Das Zahlungsbilanz- und Investitionsdefizit der meisten Entwicklungsländer wächst gegenwärtig in astronomischen Ausmaßen. Berechnungen der OECD nach wird das Zahlungsbilanzdefizit um 1970 etwa 80 Milliarden DM erreicht haben.

Das ist das Problem Nr. 1. Als Rezept bietet sich gegenwärtig ein einziger und für die Wirtschaftsentwicklung der Empfängerstaaten fragwürdiger Ausweg an: Auf die Durchführung langfristiger Maßnahmen zum Aufbau der wirtschaftlichen Infrastruktur zu verzichten und sich auf Vorhaben zu konzentrieren, die kurzfristig rentabel werden und möglichst auch kurzfristig in der Handelsbilanz positiv zu Buch schlagen.

Problem Nr. 2: Prüfung der Möglichkeit, die Vergabe von Hilfe an die Auferlegung einheitlicher Konditionen gegenüber den Empfängerländern zu binden. Dazu gibt es bisher nur drei und im Erfolg nicht immer durchwegs ermutigende Ansatzpunkte, nämlich die "Allianz für den Fortschritt" in Lateinamerika mit den Partnern USA, der EWG und ihren assoziierten Partnern und die Handels- und Hilfsvereinbarungen zwischen Großbritannien und den übrigen Mitgliedern des Commonwealth. - Die Einigung auf gemeinsame Konditionen den Geberländern gegenüber den Empfängerstaaten setzt aber ein Maß an Übereinstimmung ersterer in den wichtigen Fragen internationaler Politik voraus, das gegenwärtig - auch das zeigte sich schon am ersten Konferenztag auf dem Petersberg - schwer herzustellen ist.

Ähnliches gilt für das Problem Nr. 3, einer weitgehend abgestimmten Handelspolitik der westlichen Industrienationen gegenüber den Entwicklungsländern, die diesen langfristig stabile Rohstoffpreise und eine Markteröffnung der Geberländer für Halbfertigwaren und einfache Industrieerzeugnisse in weit größerem Umfang als bisher garantieren.

Dem in diesem Zusammenhang geäußerten deutschen Wunsch nach einer Liberalisierung der EWG-Handelspolitik wurden von französischer Seite sogleich schwere Bedenken entgegengesetzt. Es zeigte sich, daß bis zu einer gemeinsamen Haltung der westlichen Geberländer auf der UNCTAG-Konferenz im Februar 1968 in New Delhi noch ein weiter Weg ist.

Für die Bundesrepublik, deren Anstrengungen auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe hinter denen anderer Staaten zurückbleiben - materiell wie personell (unseren für die Entwicklungshilfe in Übersee arbeitenden 2 000 Deutschen stehen 42 000 Franzosen gegenüber) - zeigte sich zu Beginn der parlamentarischen Bestandsaufnahme eines, nämlich, daß wir nicht nur aus unserer Verpflichtung als große Wirtschafts- und Handelsnation, sondern auch aus unserem engeren politischen Interesse an der "Dritten Welt" gegenüber, auf sehr sehr lange Zeit hinaus mehr werden tun müssen, als das gegenwärtig der Fall ist.

Jugoslawien hat es nicht leicht.

Versuch einer kurzen Analyse
Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Eine kurze Definition des gegenwärtigen Zustandes Jugoslawiens könnte etwa wie folgt lauten: Der Versuch, durch Einführung syndikalistischer Elemente verschiedenster Prägung den ursprünglich zentralistischen Kommunismus demokratisch weiterzuentwickeln, muß zunächst als gescheitert betrachtet werden.

Jugoslawien hat es nicht leicht. Außer den in jüngster Zeit verstärkt hervorgetretenen nationalen Gegensätzlichkeiten muß es sich auch mit der religiösen und kulturellen Zersplitterung auseinandersetzen. Die überragende Persönlichkeit Marschall Titos hat bisher wie eine Klammer den Staat zusammengehalten. Das hohe Alter des Marschalls läßt bei vielen Gruppen im Lande die Überlegung aufkommen, wer nach Tito eine annähernd gleichwertige und gleichrangige Rolle spielen könnte. Diese Persönlichkeit ist noch nicht zu erblicken.

Auf die Frage, wie es nun aber weitergehen soll, muß man zunächst einmal antworten, daß eine gesunde Demokratie unter anderem immer ein hohes staatspolitisches und kulturelles Bewußtsein ihrer Träger voraussetzt. Aber gerade in diesem Moment befindet sich Jugoslawien in einer Bildungskrise, die wiederum Ausdruck der Gleichgültigkeit der jugoslawischen Vulgär-Marxisten gegenüber dem kulturellen Leben überhaupt ist. Wenn die jugoslawischen Kulturschaffenden besser als ihre Kollegen in anderen kommunistischen Ländern an der öden Periode des sogenannten sozialistischen Realismus vorbeigekommen sind, so ist das nicht in erster Linie dem frühen Abbruch der durch ein Abhängigkeitsverhältnis geprägten Beziehungen zwischen Moskau und Belgrad und auch nicht dem erwähnten Versuch zur Liberalisierung zu verdanken, sondern genau dieser Indifferenz zuzuschreiben, unter der gegenwärtig vor allem das jugoslawische Bildungswesen leidet.

Die Rolle der technischen Intelligenz

Statt dessen, ist ein sich den objektiven Gesetzen der Wirtschaftsentwicklung entsprechend langsames, aber immerhin stetiges Wachstum der materiellen Grundlagen des Landes zu beobachten, das immer zwingender auch ein Wachstum des Einflusses der sogenannten technischen Intelligenz fordert. Es entspricht jedoch dem Charakter einer jeden technischen Intelligenz, vor allem einer solchen Gruppe in einem relativ rückständigen Land, an sich keine demokratischen Tendenzen zu vertre-

ten; vor allem geht dieser Gruppe der Sinn für die sogenannte Selbstverwaltung vollkommen ab, die von der Partei nur benutzt wird, um ihren Einfluß nach unten abzusichern und zu verbreiten. Das Interesse der Technokraten beschränkt sich auf ein anderes sehr wichtiges Gebiet: die Entideologisierung und Versachlichung vor allem des Produktionsprozesses und dann der gesellschaftlichen Beziehungen überhaupt. Ihr Kampf richtet sich daher am Rande gegen das Patriarchat der Spitze, das dem hohen Selbstbewußtsein dieser technischen Intelligenz nicht mehr zeitgemäß erscheint, vor allem aber gegen die ständigen Beeinflussungsversuche einer ideologisch schon längst entleerten Partei, die infolge des Mangels an einer eigenen höheren Überzeugung nur mehr als Träger der Interessen ihrer eigenen Mitglieder auftritt und in dieser neuen Qualität ihrer Kompaktheit weder demokratischen noch technokratischen Interessen dient.

Interessenkonflikte

Die gegenwärtige politische Auseinandersetzung in Jugoslawien wird daher wesentlich vom Interessenkonflikt zwischen Technokratie und Bürokratie bestimmt, in dem die breiten Massen der Bevölkerung, soweit sie schon politisch und noch nicht apolitisiert sind, naturgemäß ihre Interessen am besten durch die Träger der sogenannten neuen Intelligenz gewahrt sehen. Die Abseitsstellung der Volksmassen hat dabei wenigstens eine für sie selbst angenehme Konsequenz: Keine der beiden um die Macht kämpfenden Gruppen hält es für nötig, einen intensiven Druck nach unten auszuüben; in der Regel ist das Volk Gegenstand der Werbung, aber nicht des Terrors. Auch der Sturz des ehemaligen Stellvertreters Titos, Ranković, der als präsumtiver Nachfolger des Marschalls eine Verlängerung der Periode des Patriarchats und eine weitere Festigung des Einflusses der Partei auf die gesellschaftliche Entwicklung anstrebte, wurde vom Volk weniger mit Erleichterung als mit Genugtuung registriert.

Für eine Weiterentwicklung der Demokratie bestehen also gegenwärtig in Jugoslawien, wie man sieht, die wenig günstigen Bedingungen. An diesem Zustand können weder Versuche von außen noch demokratisch noch bewußte Jugoslawen im Inneren des Landes etwas ändern. Ob damit die Geschichte ihr Urteil nicht nur über die Emigranten im Westen, sondern auch über Einzelpersönlichkeiten wie Milovan, Djilas und Mihajlov schon gesprochen hat, bleibt noch abzuwarten.

Was erwartet die 21-jährigen Mädchen in der CSSR ?

Meinungsumfragen sollen Aufschluß geben

Von Igor Valentin, Prag

Die Prager Staatliche Kommission für Bevölkerungsfragen hat tausend im Jahre 1945 geborene Mädchen - sie waren demnach im Vorjahr 21 Jahre alt - in Prag, Brünn und Pressburg - den drei größten Städten der Tschechoslowakei - über ihr Schicksal, ihre Familien, ihren Bildungsgang, ihre Beschäftigung und ihre Pläne für die Zukunft befragt. Diese Befragung soll ein für die Großstadtjugend der 21-jährigen Mädchen charakteristisches Lebensbild vermitteln. Mitte dieses Jahres will man weiteren tausend gleichfalls 21-jährigen Mädchen in sieben Landbezirken die gleichen Fragen stellen, um auch das Lebensbild der Landjugend zu gewinnen. Nach drei Jahren sollen die Befragungen wiederholt werden. Man will daraus Schlüsse ziehen, wie weit sich die Meinungen der inzwischen 24-jährigen Mädchen und Frauen geändert haben. Die ganze Aktion soll Aufschlüsse darüber geben, wie man der sich wandelnden Struktur von Volk und Gesellschaft gerecht werden soll.

Man hat sich in der Tschechoslowakei - wie in allen Industriestaaten - vor allem mit der Tatsache auseinanderzusetzen, daß es noch niemals so viele berufstätige Mädchen und Frauen gegeben hat. Was erwartet eine 21-Jährige vom Leben? Besonders eindrucksvoll und verwirrend für die Experten für Bevölkerungsfragen ist es, daß unter den Mädchen und Frauen im Alter von 25 Jahren fünfmal so viele Hochschulbildung haben als unter den 50-jährigen und etwa dreimal so viele über eine höhere fachliche Bildung verfügen. Das wäre an sich begrüßenswert, wenn die Zahl der Mädchen und Frauen mit fachlicher Ausbildung oder Mittelschulbildung nicht bereits die Zahl der Männer mit einer ähnlichen Bildung überflügelt hätte. Die Aussichten für diese Mädchen, einen gleich- oder höhergebildeten Ehepartner zu erhalten, werden somit von Jahr zu Jahr geringer. Sie müssen, wenn sie heiraten wollen damit vorlieb nehmen, daß ihr Ehepartner über weniger Bildung verfügt.

Im Laufe der letzten zehn Jahre hat die Zahl der Studenten an den Universitäten in der CSSR um 18 Prozent zugenommen; die Zahl der Studentinnen dagegen um 114 Prozent. An den übrigen Hochschulen stieg die Zahl der Studenten um 47 Prozent, die der Studentinnen um 212 Prozent. Allerdings verlassen 20 bis 30 Prozent (je nach Universität oder Hochschule) der Mädchen ihr Studium vor dessen Beendigung. Über ihre Motive ist man sich noch genauso im unklaren wie darüber, warum viele von ihnen, die das Studium beenden, später ihre Qualifikation nicht verbessern, um mehr zu verdienen. - Diese und ähnliche Fragen sollen jetzt geklärt werden.

+ + +